



BERLININFO

NR. 17

11. November 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

wie auch viele andere habe ich mir ein anderes Ergebnis bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl erhofft. Aber Donald Trump ist nun gewählt und wir müssen damit umgehen. Wie man bei uns sagt: „Man kann nur mit den Mädchen tanzen, die im Saal sind.“ Die Kanzlerin hat dem neuen US-Präsidenten auf Basis von Demokratie, Freiheit und Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen enge Zusammenarbeit angeboten. Das ist der richtige Weg.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre

Tolles Votum der CDU- Vertreterversammlung für meine Bundestagskandidatur

Ich wurde jetzt erneut als CDU-Bundestagskandidatin für die Wahlen im kommenden September aufgestellt. Mit 117 von 118 abgegebenen Stimmen bei einer Enthaltung habe ich im Forum Polch ein phantastisches Votum erhalten, für das ich sehr dankbar bin. Dies entspricht einem 100-Prozent-Votum der CDU-Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kreis Ahrweiler und dem Teilkreis Mayen-Koblenz. Beide CDU-Kreisvorstände hatten mich zuvor einstimmig nominiert. Diese breite Zustimmung der der CDU-Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kreis Ahrweiler und dem Teilkreis Mayen-Koblenz gibt mir Kraft und Schwung für die Aufgaben, die bis zur Wahl im kommenden September noch anstehen.



Schule statt Zwangsehe

Kinderehen waren lange Jahre für uns kein Thema mehr. Heute ist es aktueller denn je. Bis Juli 2016 wurden in Deutschland 1.475 Ehen registriert, die im Ausland geschlossen wurden und in denen ein Partner zwischen 13 und 18 Jahren ist. Für uns stellt sich nun die Frage, ob diese Eheschließung wirksam sind. Das haben wir am Donnerstag auch in einem Fraktionsgespräch mit Experten diskutiert. Für uns hat das Kindeswohl Vorrang. Wir wollen nicht, dass für die Mädchen Ehe gleichbedeutend ist mit: keine Schule, keine Ausbildung, keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.



Malen— mit Farben aus der Natur?

Das klappt mit Möhren, Radieschen, Begonien und noch vielen anderen Pflanzen! Das haben Kinder einer KiTa für sich entdeckt. Was hat die Stiftung Haus der kleinen Forscher damit zu tun?

Sie hilft Kinder spielerisch an Ideen und den eigenen Entdecker- und Forschungsgeist heranzuführen - seit 2006.

Darüber konnte man sich gestern auch wieder im Deutscher Bundestag informieren. Das gefällt nicht nur den "Kleinen" :-)

Sicherheit von Chipsystemen bei Autos und anderen Gütern gewährleisten

Viele von uns nutzen heute Funkschlüssel um das Auto abzuschließen. Das ist bequem und einfach. Birgt aber auch Gefahren: so können Diebe mit Funkwellenverstärkern Signale die das Auto und der Funkschlüssel austauschen abfangen und damit das Auto öffnen und sogar wegfahren. Darüber habe ich am Dienstag mit Dr. Timo Kasper, Geschäftsführer von Kasper & Oswald gesprochen. Die Chipsysteme in Autoschlüsseln sind aus seiner Sicht das eine Problem, es gäbe im Bereich vieler Hotelkarten auch relativ niedrige Standards, die es Kriminellen sehr einfach machen, binnen Sekunden in Hotelzimmer einzudringen. Es gibt Karten, die heute schon relativ sicher sind, leider werden sie in vielen Bereichen nicht genutzt. Dass das nicht unmöglich ist, zeigt ein großer Bezahlfernseher den viele hierzulande nutzen. Dort wurde ein Chipsystem eingeführt, dass relativ schwer zu knacken ist. Die Hersteller—insbesondere im Automobil- und Hotelbereich—sind hier in der Verantwortung, die Sicherheit ihrer Güter zu gewährleisten.



Verbot von Kinderehen

Bereits auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands Anfang September dieses Jahres haben wir den Beschluss gefasst, Kinderehen in Deutschland zu verbieten. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinderehen in Deutschland nicht dulden. Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, können von der deutschen Rechtsordnung nicht akzeptiert werden.

Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Zusammen mit Thomas Oppermann und Gerda Hasselfeldt bin ich mir einig, dass wir bei der Frage des Verbots von Kinderehen keine Ausnahmen oder eine Härtefallregelung wollen. Jeder Fall ist einer zu viel. Wir erwarten nun von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen.

Neuer Anlauf zur Reform des Wahlrechts

In der letzten Legislaturperiode hatten wir das Wahlrecht im Rahmen der engen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts so geändert, dass errungene Überhangmandate ausgeglichen werden. Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag 2013 hatten lediglich 4 Überhangmandate zu 28 Ausgleichsmandaten geführt. Der bisher geltende Ausgleichsmechanismus hat also eine erhebliche Hebelwirkung. Es ist daher im Bereich des Vorstellbaren, dass der nächste Deutsche Bundestag – womöglich auch mit mehr Fraktionen – deutlich vergrößert würde, wenn das Wahlrecht so bleibt, wie es ist.

Wir müssen eine Aufblähung des Deutschen Bundestages unbedingt vermeiden, darauf hat unser Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Recht stets und nachdrücklich hingewiesen. Daher sind wir zu konstruktiven Gesprächen mit den anderen Fraktionen und zu einer Änderung des Wahlrechts bereit. Wenn ein neu gewählter Bundestag erst einmal über 700 Mitglieder hat, wäre eine Änderung des Wahlrechts sehr viel schwieriger zu realisieren.

AMG-Novelle – eine Gewissensentscheidung über die Forschung

Seit dem Frühsommer diskutieren wir, ob wir eine Ausnahme von dem geplanten Verbot gruppennütziger Forschung an nicht-einwilligungsfähigen Erwachsenen vorsehen wollen. Es handelt sich um die schwierige ethische Frage, ob einwilligungsfähige Erwachsene sich zur Teilnahme an späteren klinischen Prüfungen entschließen können für einen Zeitraum, in dem sie nicht mehr in der Lage sein werden, Wesen und Tragweite dieser zu erkennen. Im Unterschied zur eigennützigen Forschung wird der Betroffene nicht unbedingt Nutzen aus der Studie ziehen, die ausschließlich zum Nutzen der Gruppe sein kann, zu der der Betroffene gehört.

Fragen der Selbstbestimmung, der Menschenwürde, aber auch der Nächstenliebe stellen sich hier und die Antworten darauf sind keine einfachen. Wir haben in Anhörungen und in der Fraktion dieses Thema intensiv beraten und werden in dieser Woche zu einer Entscheidung über die drei Gruppenanträge kommen. Diese Entscheidung kann jeder nach seinem Gewissen und seiner Überzeugung treffen.

Finanzielle und personelle Stärkung des THW und seiner ehrenamtlichen Helfer beschlossen

In der Bereinigungssitzung hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in der Nacht zum heutigen Freitag den Etat des Bundesinnenministeriums abschließend beraten und weitreichende finanzielle und personelle Verbesserungen für das Technische Hilfswerk (THW) beschlossen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit des THW ist eine moderne Ausstattung. Der Fahrzeugbestand des THW ist jedoch überaltert. Deshalb haben wir gestern ein umfangreiches Fahrzeugprogramm für das THW beschlossen. Wir investieren bis ins Jahr 2023 100 Millionen Euro in die Beschaffung von 621 Fahrzeugen, u. a. in Spezialfahrzeuge für die technische Hilfe, in Baumaschinen für den THW-Einsatz sowie in Transportfahrzeuge.

Neben der Verbesserung der Ausstattung liegt uns insbesondere die Nachwuchsförderung am Herzen. Wir stellen deshalb 3 Millionen Euro bereit, um überregionale und bundesweite Maßnahmen zur Nachwuchswerbung zu finanzieren. Auch die THW-Jugend e. V. sowie die Bundesvereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. werden an der Nachwuchskampagne beteiligt.

Daten und Fakten

Armut in Deutschland nimmt ab. Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland nimmt weiter ab. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamts ging ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zurück und erreichte mit 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch im europäischen Vergleich wider, wo der Durchschnittswert für alle Mitgliedstaaten bei 8,1 Prozent lag. Auch mit Blick auf Armutsgefährdung kann ein zuversichtliches Resümee gezogen werden, denn in praktisch allen Altersgruppen ist die Gefahr der Armut in Deutschland niedriger als in den übrigen EU-Staaten. Wie die Erhebung zeigt, ist die Definition der Armutsgefährdung jedoch generell zu hinterfragen. Denn angesichts eines Grenzwertes von 1033 Euro monatlich verfügbaren Einkommens, unter welcher eine Einzelperson als armutsgefährdet gilt, umfasst der Wert von 16,7 Prozent den Großteil der Studierenden in Deutschland. Eine Bevölkerungsgruppe, die sich selbst nicht als armutsgefährdet wahrnimmt und dieses auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht ist.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, Statistisches Bundesamt)

Deutsche Unternehmen stellen unvermindert ein. Das Beschäftigungsniveau in der deutschen Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Nach Befragung des ifo-Instituts stieg das Beschäftigungsbarometer im Oktober auf 110,7 Punkte nach 110,2 im Vormonat. Dies ist der zweithöchste jemals gemessene Wert. Wie die Statistiker ermittelten, sind nahezu alle Branchen unverändert auf Mitarbeitersuche. Aufgrund der sehr guten Auftragslage sucht beispielsweise das Bauhauptgewerbe immer mehr Arbeitskräfte, ebenso vermeldet der Dienstleistungsbereich konstanten Bedarf an qualifiziertem Personal.

(Quelle: ifo-Institut, München)

Vereinigte Staaten 2015 wichtigster Handelspartner Deutschlands. Anlässlich der heutigen US-Präsidentschaftswahl lassen sich positive Daten zu den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen vermelden. Im Jahr 2015 waren die Vereinigten Staaten Deutschlands wichtigster Handelspartner weltweit: Zwischen beiden Ländern wurden insgesamt Waren im Wert von 174 Milliarden Euro gehandelt. Das deutsche Exportvolumen umfasste Waren im Wert von 113,7 Milliarden Euro. Zu den wichtigsten exportierten Gütern zählten neben Kraftwagen und Kraftwagenteile (34,1 Milliarden Euro), Maschinen (17,6 Milliarden Euro) und pharmazeutische Erzeugnisse (13,4 Milliarden Euro). Die Importe amerikanischer Güter beliefen sich im Gegenzug auf 60,2 Milliarden Euro und umfassten vor allem Datenverarbeitungsgeräte sowie elektronische und optische Erzeugnisse.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)